

dza aktuell deutscher alterssurvey

Heft 04/2025

Herausgeber:

Deutsches Zentrum für Altersfragen

Wer gestaltet mit? Mitgliedschaft in Parteien und Bürgerinitiativen in der zweiten Lebenshälfte

Michael Weinhardt, Rebecca
Schmelzle, Oliver Platt & Frank
Berner

Wer gestaltet mit? Mitgliedschaft in Parteien und Bürgerinitiativen in der zweiten Lebenshälfte

Michael Weinhardt, Rebecca Schmelzle, Oliver Platt & Frank Berner

Inhalt

Kernaussagen	4
Einführung.....	5
Daten und Methoden	8
Befunde.....	10
Diskussion und Fazit	15
Literatur	20

Kernaussagen

Nur ein geringer Anteil der Personen in der zweiten Lebenshälfte ist Mitglied in einer Partei oder Bürgerinitiative.

Dabei war im Jahr 2023 der Anteil an Personen ab 43 Jahren, die Mitglied einer politischen Partei waren, mit 3,7 Prozent fast doppelt so hoch wie der Anteil an Personen, die Mitglied in einer Bürgerinitiative waren (1,9 Prozent).

Ältere Personen sind häufiger Mitglied in einer Partei als Personen im mittleren Erwachsenenalter.

Personen zwischen 66 und 75 Jahren sowie Personen ab 76 Jahren waren 2023 dreimal so häufig Parteimitglied (5,6 Prozent und 5,8 Prozent) als Personen zwischen 43 und 55 Jahren (1,9 Prozent). Bei der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen war der Anteil hingegen bei den 56- bis 65-Jährigen am höchsten (3,0 Prozent).

Geschlechtsspezifische Unterschiede treten bei der Parteimitgliedschaft auf, nicht aber bei der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative.

Männer waren 2023 häufiger Parteimitglieder als Frauen. Insbesondere ältere Männer ab 66 Jahren lagen bei der Parteimitgliedschaft mit einem Anteil von 8,2 Prozent deutlich über dem Anteil bei Frauen, aber auch über dem Anteil jüngerer Männer zwischen 43 und 65 Jahren. Bei der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen findet sich kein geschlechtsspezifischer Unterschied.

Einkommen spielt insbesondere für die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen eine Rolle.

Der Anteil von Mitgliedern in einer Bürgerinitiative war 2023 bei Personen mit niedrigem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze signifikant niedriger (0,6 Prozent) als bei Personen mit mittlerem Einkommen (1,9 Prozent) oder mit hohem Einkommen (2,8 Prozent).

Personen mit hoher Bildung partizipieren häufiger in der Politik – sowohl als Mitglieder in Parteien als auch als Mitglieder in Bürgerinitiativen.

Personen mit hoher Bildung waren im Jahr 2023 sowohl mehr als doppelt so häufig Parteimitglied (6,2 Prozent) oder Mitglied in einer Bürgerinitiative (3,3 Prozent) als Personen mit einem niedrigen oder mittleren Bildungsniveau (3,1 Prozent bzw. 2,4 Prozent Parteimitglieder und 0,6 Prozent bzw. 1,5 Prozent Mitglieder in Bürgerinitiative). Innerhalb der Gruppe der Hochgebildeten stechen insbesondere ältere Personen ab 66 Jahren hervor, von denen 2023 mehr als jede*r Zehnte Parteimitglied war.

In Westdeutschland waren im Jahr 2023 Personen ab 43 Jahren doppelt so häufig Parteimitglieder wie in Ostdeutschland.

Die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen unterscheidet sich hingegen nicht zwischen Ost- und Westdeutschland.

Einführung

Die Teilnahme an Wahlen ist nicht die einzige Möglichkeit, auf das politische Geschehen Einfluss zu nehmen. Vielmehr gibt es auch jenseits der Stimmabgabe eine Vielzahl von Möglichkeiten zur politischen Partizipation, verstanden als die freiwillige Beteiligung am öffentlichen Leben mit dem Ziel, politische Entscheidungen und die gesellschaftliche Meinungsbildung zu beeinflussen (van Deth 2001; Richter 2018). Die fortlaufende Einbindung der Bevölkerung in politische Prozesse ist dabei elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie und kann ganz unterschiedliche Formen annehmen (Gabriel 2022). In der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung ist hier die Unterscheidung zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen der politischen Partizipation gebräuchlich. Als „konventionell“ werden solche Partizipationsformen bezeichnet, die den etablierten Wegen der Teilhabe in einer repräsentativen Parteiendemokratie entsprechen, wie etwa die Stimmabgabe bei Wahlen oder die Mitarbeit in Parteien (van Deth 2014). Demgegenüber stehen „unkonventionelle“ Formen der politischen Partizipation, wie die Mitwirkung in Bürgerinitiativen¹, an Unterschriftensammlungen oder bei Demonstrationen (vgl. auch Erlinghagen & Hank 2019; Gabriel 2022); Formen, die gewissermaßen „von außen“ versuchen, auf die Entscheidungsfindung in der parlamentarischen Demokratie einzuwirken.

In diesem Beitrag betrachten wir zwei Beispiele solcher politischen Partizipation in der zweiten Lebenshälfte: die Mitgliedschaft in Parteien und die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen. Die Mitwirkung in Parteien ermöglicht die Beeinflussung von Personal- und Sachentscheidung und die Strukturierung inhaltlich-politischer Angebote, ist gleichzeitig durch das

Parteiengesetz reguliert und an die festen Verfahren der innerparteilichen Demokratie und Willensbildung gebunden. Sie gilt deshalb neben der Teilnahme an politischen Wahlen als klassische konventionelle Partizipationsform. Die Partizipation in Bürgerinitiativen wurzelt in Deutschland im kurz- und mittelfristigen politischen Protest, insbesondere auf lokaler Ebene. Gerade im Unterschied zu Parteistrukturen sind Bürgerinitiativen weniger starr und hierarchisch organisiert und stärker projektbezogen; das Mitwirken in Bürgerinitiativen ist flexibler, niedrighschwellig und ohne langfristige Verpflichtungen. Daher gilt die Partizipation in Bürgerinitiativen als eine Form unkonventioneller politischer Partizipation.

Wir untersuchen, wie hoch der Anteil an Menschen in Deutschland in unterschiedlichen soziodemografischen Gruppen ist, die Mitglieder in Parteien und Bürgerinitiativen sind. Nicht alle Menschen, die in Deutschland leben, sind in gleichem Maße in politische Prozesse eingebunden: Je nach Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Einkommen und Wohnregion beteiligen sich Menschen in unterschiedlichem Ausmaß an politischen Prozessen (Weßels 2024). Dafür sind verschiedene Gründe denkbar. Erstens setzt politische Partizipation Ressourcen in Form von kognitiven Fähigkeiten, Zeit und Geld voraus, dementsprechend haben Menschen je nach Lebenslage unterschiedlich guten Zugang zu politischer Partizipation. Zweitens haben, unabhängig von ihren Ressourcen, nicht alle Menschen im selben Maße die Motivation und das Interesse, sich politisch zu engagieren (Bödeker 2012). Und drittens hängt es auch von der konkreten Form der politischen Partizipation selbst ab, für wen die jeweilige Form besonders interessant ist. Die oben genannten Unterschiede zwischen der politischen Partizipation in Form von

¹ Bürgerinitiativen umfassen alle Geschlechter; aufgrund der Komplexität einer genderneutralen Schreibweise („Bürger*inneninitiative“) wird in diesem Text dennoch auf

diese Form verzichtet und weiterhin der Begriff „Bürgerinitiative“ verwendet.

Parteiarbeit (stark formalisiert und hierarchisch strukturiert) und in Form der Mitwirkung in Bürgerinitiativen (niedrigschwellig, kurzfristig, eher informell) machen diese beiden Partizipationsformen jeweils für unterschiedliche soziale Gruppen zugänglich oder attraktiv (Gabriel 2022). Vor diesem Hintergrund betrachten wir im vorliegenden Beitrag die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Mitwirkung in Bürgerinitiativen und untersuchen, inwiefern es vom Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Einkommen und von der Wohnregion abhängt, ob und in welchem Maße sich Menschen in einer dieser Formen der politischen Partizipation an der politischen Willensbildung beteiligen.

Forschungsstand

Ende 2023 waren 1,6 Prozent der parteibeitrittsberechtigten² Bevölkerung Mitglied einer der Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke, FDP, AfD und SSW (Niedermayer 2024). Für die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen liegen keine vergleichbaren Informationen aus offiziellen Statistiken oder auch aus anderen Quellen vor (Hübler 2024). Studien auf Basis von Befragungsdaten legen nahe, dass die Mitwirkung in Bürgerinitiativen in Deutschland gängiger ist als die politische Beteiligung durch Parteiarbeit (Arriagada & Tesch-Römer 2022; Weißels 2024).

In der Forschung über den Zusammenhang zwischen *Alter* und politischer Partizipation wird häufig ein umgekehrt u-förmiger Verlauf angenommen, mit der stärksten Beteiligung im mittleren Erwachsenenalter und weniger Beteiligung bei jüngeren und älteren Erwachsenen. So steigt die Häufigkeit von Mitgliedschaften in Parteien in Deutschland bis zum Renteneintrittsalter an und fällt danach wieder ab (Niedermayer 2024). Außerdem variiert die politische Partizipation zwischen verschiedenen Altersgruppen nach Art der Beteiligung (Melo & Stockemer 2014;

Schnaudt, Weinhardt, & Liebig 2017): Ältere Menschen engagieren sich eher in klassischen Strukturen und Beteiligungsformen wie Parteiarbeit, während jüngere Personen eher Partizipationsformen nutzen, die weniger stark strukturiert sind (Melo & Stockemer 2014; Weißels 2024; Goerres 2009; Skarpelis 2009). In Studien, in denen die Mitwirkung in einer politischen Partei, Gruppierung oder Bürgerinitiative zu einer einzigen Kategorie zusammengefasst wurde, zeigt sich, dass ältere Personen häufiger in solchen Organisationen aktiv sind als jüngere Personen. Dafür beteiligen sie sich aber seltener an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen (Arriagada & Tesch-Römer 2022). Darüber hinaus besteht ein signifikanter, positiver Zusammenhang zwischen dem Alter und der Beteiligung in Bürgerinitiativen (Hübler 2024): Menschen aus der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen geben am häufigsten an, sich in ihrem bisherigen Lebenslauf schon einmal an einer Bürgerinitiative beteiligt zu haben (Simonson & Vogel 2017).

Unterschiede in der politischen Partizipation zwischen *Frauen und Männern* zeigen sich weniger in der Beteiligung selbst als in deren Form (Arriagada & Tesch-Römer 2022). Männer partizipieren eher über formalisierte und stark strukturierte Formen, während Frauen eher informelle Formen der Partizipation wählen (Pflanzelt & Spies 2019). Dies zeigt sich darin, dass Männer häufiger Mitglied einer Partei sind als Frauen (Niedermayer 2022) und häufiger politische Ämter übernehmen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2020; Simonson & Vogel 2017). Außerdem treten Männer häufiger direkt mit Politiker*innen in Kontakt, während sich Frauen überdurchschnittlich oft an Unterschriftenaktionen oder Produktboykotten beteiligen (Arriagada & Tesch-Römer 2022). Bei der Frage, ob man schon einmal in einer Bürgerinitiative

² Wer parteieintrittsberechtigt ist, entscheidet die jeweilige Partei. In der Regel müssen dafür die Grundsätze der Partei anerkannt werden. Das Mindestalter für einen Parteibeitritt variiert je nach Partei zwischen 14 und 16

Jahren (Niedermayer 2024). Auch Regelungen zur Aufnahme von Personen, die nicht in Deutschland leben oder von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft unterscheiden sich zwischen den Parteien.

mitgewirkt hat, findet sich kein Geschlechterunterschied (Simonson & Vogel 2017).

In Bezug auf *Einkommen* und politische Beteiligung zeigen die wenigen vorliegenden Studien, dass ein hohes Einkommen insgesamt mit einer größeren Wahrscheinlichkeit für ein politisches Engagement einhergeht als ein niedriges Einkommen – dies gilt sowohl für stärker strukturierte wie auch für weniger stark strukturierte Formen der Partizipation (Gabriel 2022; Bödeker 2012; Hübler 2024).

Bildung zeigt sich über verschiedene Partizipationsformen hinweg als einflussreich. So sind in Deutschland Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss in allen Parteien häufiger Parteimitglied als Personen ohne (Fach-)Hochschulabschluss (Niedermayer 2022). Generell arbeiten höher Gebildete häufiger in politischen Organisationen mit als Personen mit einem mittleren oder niedrigen formalen Bildungsstand (Weßels 2024; Arriagada & Tesch-Römer 2022). Menschen mit einem höheren Bildungsstand kontaktieren außerdem häufiger Politiker*innen (Arriagada & Tesch-Römer 2022) und nehmen häufiger an Demonstrationen und Unterschriftenaktionen teil (Arriagada & Tesch-Römer 2022; Simonson & Vogel 2017). Außerdem bekleiden Personen mit hoher Bildung häufiger politische Ämter und engagieren sich häufiger in Bürgerinitiativen (Simonson & Vogel 2017).

Eine wichtige Rolle für das Verständnis der politischen Beteiligung in Deutschland spielt weiterhin der Blick auf Unterschiede zwischen *Ost- und Westdeutschland*. Beispiele hierfür sind eine Präferenz für direkte Formen von Politik und eine höhere Wechselfreude hinsichtlich der Partizipationsformen in Ostdeutschland. Die Erfahrungen der Menschen aus Ostdeutschland zu DDR-Zeiten, sowie während der Wende und der Nachwendezeit, haben dazu geführt, dass konventionellen Partizipationsformen eher mit Vorbehalten begegnet wird (Holtmann

2019). Gleichzeitig wird in Teilen der Literatur argumentiert, dass der Ost-West-Unterschied bei der politischen Partizipation an Bedeutung verliert (z. B. Gabriel 2022). Bei der Parteimitgliedschaft zeigt sich: Im Jahr 2023 waren etwa anderthalb Prozent der Westdeutschen Mitglied in einer Partei, dagegen waren es in den ostdeutschen Bundesländern nur etwa 0,8 Prozent. Während der Unterschied zwischen Ost und West hinsichtlich der Parteimitgliedschaft bis auf kurzfristige Schwankungen stabil bleibt, ist bei der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen zwischen Ost- und Westdeutschland kein systematischer Unterschied festzustellen (Jaeck 2019).

Forschungsfragen

In diesem Beitrag untersuchen wir, wie hoch der Anteil an Personen in der zweiten Lebenshälfte ist, die Mitglied in einer Partei oder Bürgerinitiative sind. Wir schauen uns an, inwieweit hier Unterschiede zwischen soziodemografischen Gruppen nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Region (Ost- im Vergleich zu Westdeutschland) bestehen. Darüber hinaus betrachten wir, ob sich die Zusammenhänge nach Geschlecht, Bildungsstand und Ost- bzw. Westdeutschland wiederum nach Alter unterscheiden.

Die drei Forschungsfragen für den vorliegenden Beitrag lauten wie folgt:

1. Wie hoch war im Jahr 2023 jeweils der Anteil an Personen in der zweiten Lebenshälfte, die Mitglied einer politischen Partei waren bzw. sich in Bürgerinitiativen engagierten?
2. Waren 2023 verschiedene Bevölkerungsgruppen je nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildungsstand und Wohnregion (Ost- oder Westdeutschland) zu unterschiedlichen Anteilen Mitglied in einer politischen Partei oder Bürgerinitiative?

3. Variierten diese gruppenspezifischen Effekte für Personen vor und nach dem Renteneintrittsalter?

Daten und Methoden

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS)

Der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ist eine repräsentative Quer- und Längsschnittbefragung von Personen in der zweiten Lebenshälfte. Im Rahmen der Studie werden seit mehr als zwei Jahrzehnten Frauen und Männer auf ihrem Weg ins höhere und hohe Alter regelmäßig befragt (1996, 2002, 2008, 2011, 2014, 2017, 2020/21, 2023). Dieser lange Beobachtungszeitraum erlaubt einen umfassenden Einblick in das Älterwerden und die Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte. Zudem kann durch das kohortensequenzielle Design der Studie Älterwerden im sozialen Wandel untersucht werden. Der DEAS ist daher die zentrale Studie zu Alter und Altern in Deutschland. Mehr als 20.000 Personen haben bislang an der Studie teilgenommen. Befragt werden Personen, die zum Zeitpunkt der ersten Teilnahme 40 Jahre und älter sind. Die Teilnehmenden werden auf Basis einer nach Alter, Geschlecht und Region geschichteten Einwohnermeldeamtsstichprobe ausgewählt. Die DEAS-Daten sind daher repräsentativ für die in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung Deutschlands in der zweiten Lebenshälfte.

Die jüngste verfügbare Befragung fand im Zeitraum vom Dezember 2022 bis Juni 2023 statt. Im Zentrum dieser Befragung standen Fragen zur aktuellen Lebenssituation, zum Beispiel zu sozialen Beziehungen, Wohlbefinden und Erwerbsarbeit (für die vollständigen Erhebungsinstrumente siehe Simonson et al. 2025). Es haben 4.992 Personen ab einem Alter von 43 Jahren an der Befragung teilgenommen. Die Befragung wurde als persönliches oder telefonisches Interview durchgeführt. Im Anschluss an das Interview erhielten die Befragten noch einen Fragebogen, der von 4.211 Personen schriftlich oder online beantwortet wurde.

In den Analysen werden gewichtete Anteils- und Mittelwerte unter Verwendung von Methoden, die das Design der Stichprobe berücksichtigen, dargestellt. Im DEAS 2023 wurden die Gewichte erstmals auch nach Bildung poststratifiziert. Gruppenunterschiede werden auf statistische Signifikanz getestet. Verwendet wird ein Signifikanzniveau von $p < 0,05$. Ist ein Befund statistisch signifikant, so kann mit mindestens 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass ein festgestellter Unterschied nicht nur in der vorliegenden Stichprobe, sondern auch in der Gesamtbevölkerung vorhanden ist. Ist ein Befund nicht statistisch signifikant, ist es möglich, dass beobachtete Unterschiede in der Stichprobe nur zufällig zustande kamen.

Der DEAS wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Weitere Informationen zum DEAS finden sich unter www.deutscher-alterssurvey.de

Stichprobe

Zur Beantwortung der genannten Forschungsfragen werden die Daten des Deutschen Alterssurveys (DEAS) 2023 im Querschnitt analysiert (Klaus et al. 2017). In der DEAS-Befragung 2023 haben 4.992 Personen ab 43 Jahren an der mündlichen Befragung teilgenommen.

Variablen

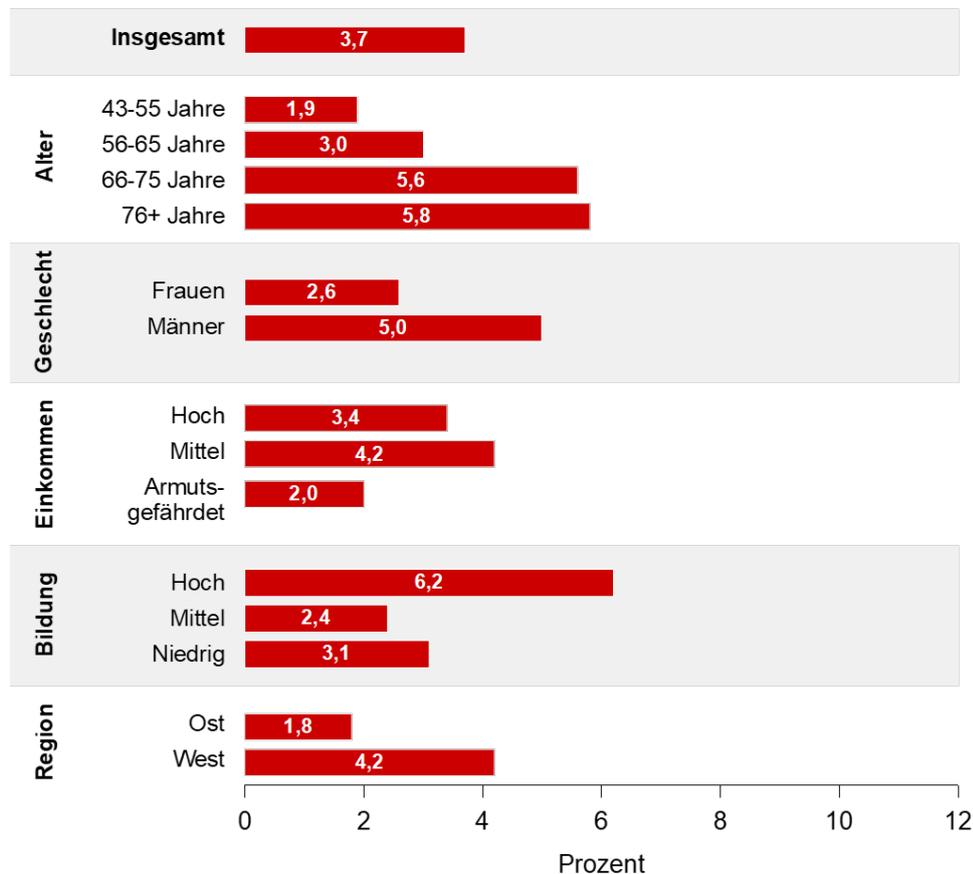
Die Mitgliedschaft in einer Partei bzw. Bürgerinitiative wird im Rahmen des mündlichen DEAS-Interviews erfragt. In der Stichprobe bejahten 158 Befragte die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative (n = 4.987) und 278 die Mitgliedschaft in einer Partei (n = 4.988).

Zur Betrachtung von Gruppenunterschieden verwenden wir die Variablen Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Wohnregion (Ost- oder Westdeutschland). Es werden vier Altersgruppen unterschieden: 43–55 Jahre (28,7 Prozent), 56–65 Jahre (30,2 Prozent), 66–75 Jahre (20,3 Prozent), 76–90 Jahre (20,8 Prozent). Bezüglich des Geschlechts unterscheiden wir Frauen (52,2 Prozent) und Männer (47,8 Prozent). Für die finanzielle Situation werden drei Gruppen gebildet: armutsgefährdete Haushalte (17,3 Prozent), Haushalte mit mittleren Einkommen (68,3 Prozent) und solche mit höheren Einkommen (14,4 Prozent). Als armutsgefährdet gelten Personen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts) unter 60 Prozent des mittleren Einkommens in der Gesamtbevölkerung (Median) liegt. Als mittlere Einkommen gelten Einkommen

in Höhe von 60–150 Prozent des Medianeinkommens. Höhere Einkommen liegen über 150 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens. Der Referenzwert für das Medianeinkommen der deutschen Gesamtbevölkerung basiert auf der Erhebung für die amtliche Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Statistics on Income and Living Conditions – EU-SILC) und lag im Jahr 2023 bei 2.190 Euro pro Monat (26.274 Euro pro Jahr). Die Armutsrisikoschwelle liegt somit bei 1.314 Euro pro Monat, die 150 Prozent-Schwelle bei 3.284 Euro pro Monat. Für die Auswertung nach Bildungsunterschieden wird der höchste Schulabschluss herangezogen. Unterschieden wird nach niedriger (maximal Hauptschulabschluss, 34,8 Prozent), mittlerer (maximal mittlere Reife, 35,2 Prozent) und hoher Bildung ((Fach-)Hochschulreife, 30,0 Prozent). Als Indikator für den Wohnort in Ost- oder Westdeutschland wird eine Zuordnung der Befragten zur Region des ehemaligen Bundesgebietes vor der Wiedervereinigung einschließlich der westlichen Teile Berlins (69,2 Prozent) oder zu der ehemaligen DDR, inklusive Ost-Berlins (30,8 Prozent), vorgenommen. Wenn Personen auf einzelnen Variablen keine gültigen Angaben gemacht haben, werden sie aus den jeweiligen Analysen ausgeschlossen. Dies betrifft 4 Fälle ohne gültige Angaben zur Parteimitgliedschaft (gewichtet 0,06 Prozent), 5 Fälle ohne gültige Angaben zur Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative (gewichtet 0,07 Prozent), 179 Fälle ohne gültige Angaben zum Einkommen (gewichtet 4,83 Prozent) und 3 Fälle ohne gültige Angaben zur Bildung (gewichtet 0,08 Prozent).

Befunde

Abbildung 1: Parteimitgliedschaft nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildungsniveau und Wohnregion (Ost/West) (Anteile in Prozent)



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0 (Gesamt: $n = 4.988$; $n_{\text{Geschlecht}} = 4.988$, $n_{\text{Einkommen}} = 4.812$, $n_{\text{Bildung}} = 4.985$, $n_{\text{Ost/West}} = 4.988$), gewichtet, gerundete Angaben. Statistisch signifikant ($p < 0,05$): Unterschiede zwischen 43- bis 55-Jährigen und 66- bis 75-Jährigen sowie 76-Jährigen und Älteren; zwischen Frauen und Männern, zwischen Personen mit niedrigem und hohem Bildungsniveau sowie zwischen Personen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau; zwischen Personen aus Ost- und Westdeutschland.

Gruppenunterschiede bei der Parteimitgliedschaft

Die Ergebnisse der Analysen in Bezug auf Gruppenunterschiede bei der Parteimitgliedschaft sind in Abbildung 1 dargestellt. Insgesamt gaben 3,7 Prozent der Personen ab 43 Jahren in Deutschland an, Mitglied in einer Partei zu sein. In Bezug auf das Alter zeigen die Ergebnisse, dass der Anteil der Parteimitglieder unter älteren Menschen höher war als unter jüngeren Menschen: In der Gruppe der 43- bis 55-Jährigen liegt der Anteil bei 1,9 Prozent, bei den ältesten beiden Gruppen liegt er statistisch signifikant darüber: bei 5,6 Prozent für die 66-

bis 75-Jährigen und 5,8 Prozent für die Personen über 75 Jahren. Der Anteil dieser beiden Gruppen ist damit rund dreimal so hoch wie bei den 43- bis 55-Jährigen. Betrachtet man die Parteimitgliedschaft nach Geschlecht, zeigt sich, dass Männer signifikant häufiger einer Partei angehörten als Frauen – ihr Anteil war fast doppelt so hoch (5,0 Prozent zu 2,6 Prozent). Für das Einkommen finden wir keine signifikanten Unterschiede. Bezüglich der Bildung zeigt sich allerdings, dass insbesondere Hochgebildete einer Partei angehörten (6,2 Prozent) und zwar signifikant häufiger als Personen mit niedrigen oder mittleren Schulabschlüssen (3,1 Prozent bzw.

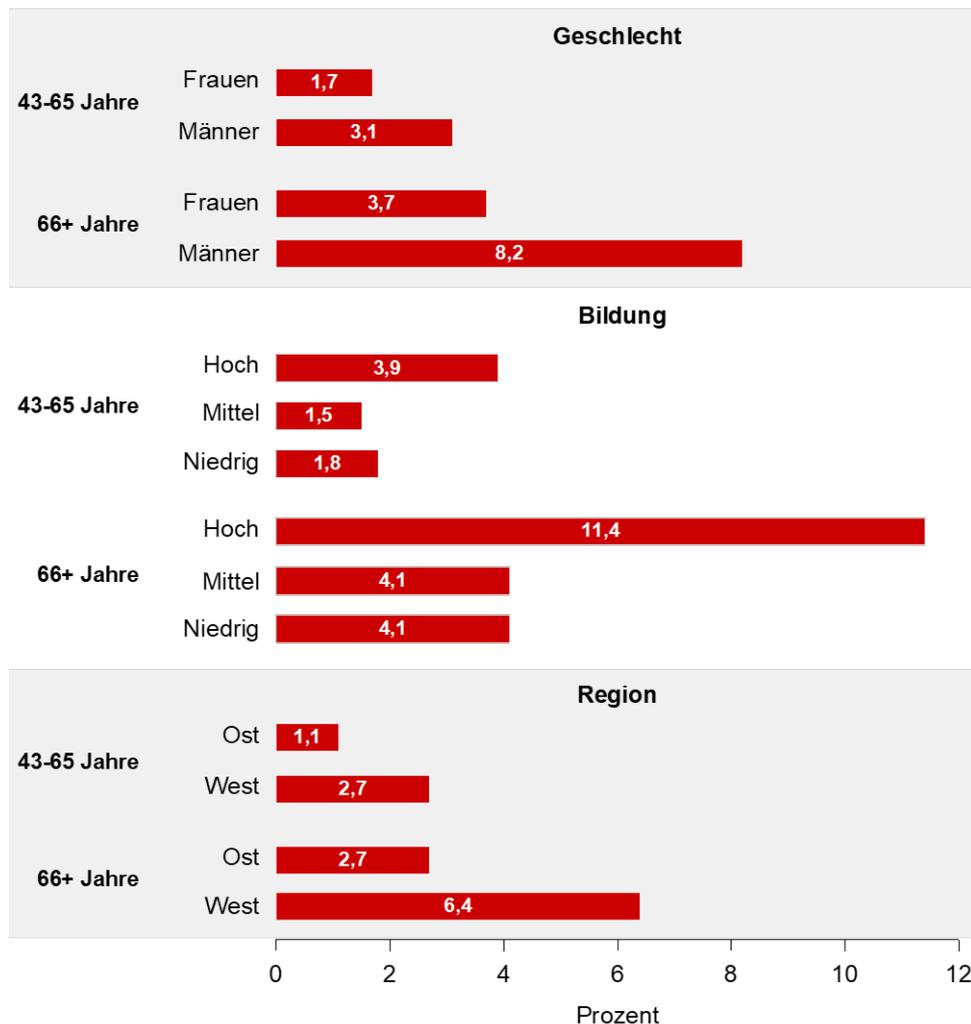
2,4 Prozent; der Unterschied zwischen den beiden letztgenannten Gruppen ist statistisch nicht signifikant). Zudem zeigt sich ein Ost/West-Unterschied: Menschen im Westen waren etwa doppelt so häufig Mitglied in einer Partei als Menschen im Osten Deutschlands (4,2 Prozent zu 1,8 Prozent).

Altersspezifische Gruppenunterschiede bei der Parteimitgliedschaft

Abbildung 2 stellt die Gruppenunterschiede nach Geschlecht, Bildung und Ost/West noch einmal getrennt nach Altersgruppen dar. Dafür werden zwei Altersgruppen betrachtet: die Personen von 43–65 Jahren und die Personen ab 66 Jahren. Im Hinblick auf Geschlechterunterschiede zeigt der Vergleich der beiden Altersgruppen Folgendes: Die Gruppe mit dem größten Anteil an Parteimitgliedern war die Gruppe der Männer ab 66 Jahren (8,2 Prozent). Dieser Anteil liegt signifikant über dem Anteil an Parteimitgliedern in allen anderen Vergleichsgruppen: Er beträgt mehr als das Doppelte als bei Frauen im gleichen Alter (3,7 Prozent) oder bei Männern zwischen 43 und 65 Jahren (3,1 Prozent) und ist fast fünfmal höher als der Anteil in der Gruppe der Frauen zwischen 43 und 65 Jahren (1,7 Prozent) – diese letztgenannte Gruppe hat den kleinsten Anteil an Parteimitgliedern. Von den Frauen ab 66 Jahren ist ein mehr als doppelt so großer Anteil Parteimitglied als bei den Frauen zwischen 43 und 65 Jahren; auch dieser Unterschied ist statistisch signifikant. Betrachtet man Bildungsunterschiede getrennt nach den beiden Altersgruppen, so zeigt sich: Der Anteil an Parteimitgliedern lag bei

Personen ab 66 Jahren mit hoher Bildung bei 11,4 Prozent und damit deutlich und signifikant über allen anderen Gruppen. Den geringsten Anteil an Parteimitgliedern hatte die Gruppe der Personen von 43–65 Jahren mit mittlerer Bildung: In dieser Gruppe lag der Anteil der Parteimitglieder bei 1,5 Prozent und signifikant unter dem Anteil in der Gruppe der Personen gleichen Alters mit hoher Bildung (3,9 Prozent), sowie unter dem Anteil in der Gruppe der Personen ab 66 Jahren mit niedriger (4,1 Prozent), mittlerer (4,1 Prozent) oder hoher Bildung (11,4 Prozent). Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland nach Altersgruppen zeigt, dass Personen aus Westdeutschland ab 66 Jahren mit 6,4 Prozent signifikant häufiger Parteimitglieder waren als Personen zwischen 43 und 65 Jahren in Westdeutschland (2,7 Prozent) oder in Ostdeutschland (1,1 Prozent). Auch innerhalb der jüngeren Vergleichsgruppe der 43- bis 65-Jährigen unterscheidet sich der Anteil der Parteimitglieder signifikant zwischen West- und Ostdeutschland. Insgesamt zeigt sich: Die sozialstrukturellen Unterschiede in der Parteimitgliedschaft (zumindest die Unterschiede nach Geschlecht und nach Bildung) waren 2023 bei der jüngeren Altersgruppe geringer ausgeprägt als bei der älteren Altersgruppe. Was die Wahrscheinlichkeit für eine Parteimitgliedschaft betrifft, sind die Unterschiede zwischen jüngeren Männern und Frauen geringer als zwischen älteren Männern und Frauen sowie zwischen jüngeren hoch- und niedriggebildeten Menschen geringer als zwischen älteren hoch- und niedriggebildeten Menschen.

Abbildung 2: Altersspezifische Parteimitgliedschaft nach Geschlecht, Bildung und Wohnregion (Ost/West) (Anteile in Prozent)



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0 ($n_{\text{Geschlecht}} = 4.988$, $n_{\text{Bildung}} = 4.985$, $n_{\text{Ost/West}} = 4.988$), gewichtet, gerundete Angaben. Statistisch signifikant ($p < 0,05$): **Geschlecht**: zwischen Männern von 43–65 Jahren und Männern ab 66 Jahren; zwischen Frauen von 43–65 Jahren und Männern ab 66 Jahren; zwischen Frauen von 43–65 Jahren und Frauen ab 66 Jahren; zwischen Männern ab 66 Jahren und Frauen ab 66 Jahren; **Bildung**: zwischen Personen von 43–65 Jahren mit niedriger Bildung und Personen ab 66 Jahren mit hoher Bildung; zwischen Personen von 43–65 Jahren mit mittlerer Bildung und Personen von 43–65 Jahren mit hoher Bildung; zwischen Personen von 43–65 Jahren mit mittlerer Bildung und Personen ab 66 Jahren mit niedriger, mittlerer oder hoher Bildung; zwischen Personen von 43–65 Jahren mit hoher Bildung und Personen ab 66 Jahren mit hoher Bildung; **Ost-West**: zwischen Personen von 43–65 Jahren, West, und Personen von 43–65 Jahren, Ost; zwischen Personen von 43–65 Jahren, West und Personen ab 66 Jahren, West; zwischen Personen von 43–65 Jahren, Ost und Personen ab 66 Jahren, West.

Gruppenunterschiede bei der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative

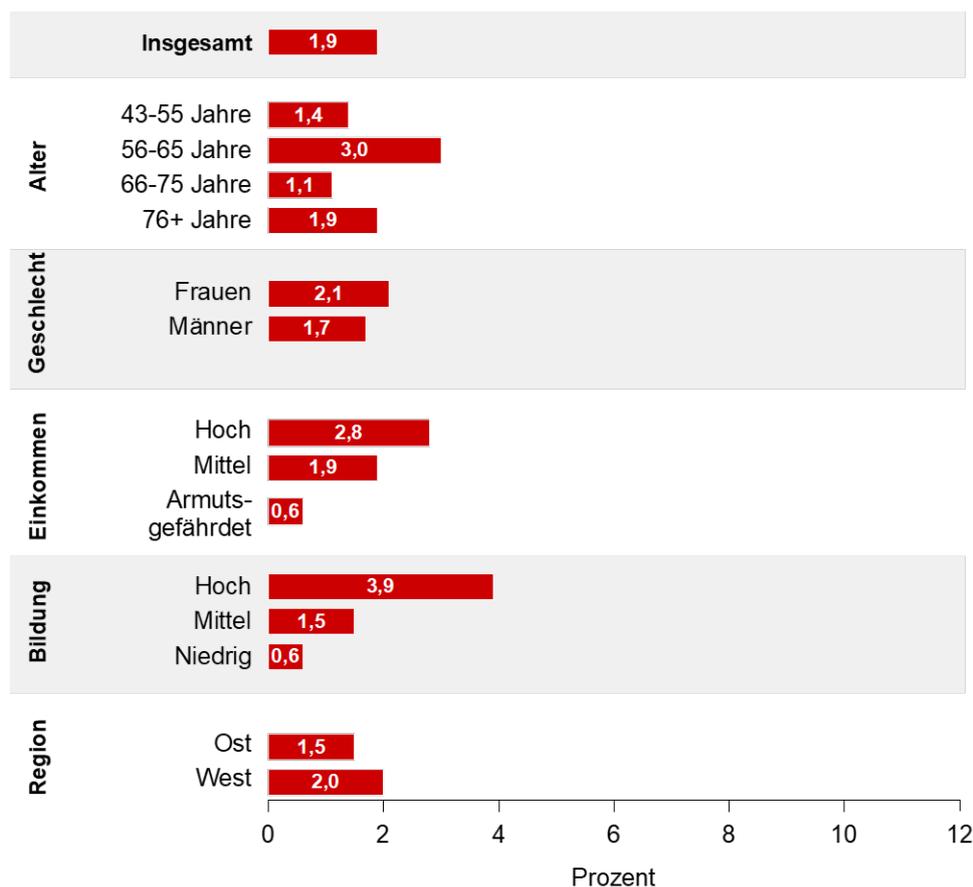
Die Gruppenunterschiede in Bezug auf die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative sind in Abbildung 3 dargestellt. Insgesamt gaben 1,9 Prozent der Personen in Deutschland ab 43 Jahren an, Mitglied in einer Bürgerinitiative zu sein. In Bezug auf das Alter zeigt sich, dass in der Altersgruppe der 56- bis 65-Jährigen der

Anteil derjenigen, die sich in einer Bürgerinitiative engagieren, am größten war (3,0 Prozent); er ist signifikant größer als der Wert der 66- bis 75-Jährigen (1,1 Prozent). In Bezug auf das Geschlecht zeigt sich kein statistisch signifikanter Unterschied bei der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen zwischen Frauen und Männern (2,1 zu 1,7 Prozent). Die Betrachtung unterschiedlicher Einkommensgruppen zeigt, dass Personen mit

hohen Einkommen (2,8 Prozent) wie auch Personen mit mittleren Einkommen (1,9 Prozent) signifikant häufiger Mitglieder in einer Bürgerinitiative waren als Personen mit Einkommen unter der Armutrisikogrenze (0,6 Prozent) – letztere waren in Bürgerinitiativen fast gar nicht vertreten. Hinsichtlich der Bildung zeigt sich, dass Personen mit hoher Bildung signifikant

häufiger Mitglieder in einer Bürgerinitiative waren (3,9 Prozent), als Personen mit mittlerer Bildung (1,5 Prozent) oder solche mit niedriger Bildung (0,6 Prozent). Für die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen gibt es keinen statistisch signifikanten Ost/West-Unterschied (2,0 Prozent im Westen zu 1,5 Prozent im Osten).

Abbildung 3: Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildungsniveau und Wohnregion (Ost/West) (Anteile in Prozent)



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0 (Gesamt: $n = 4.987$; $n_{\text{Geschlecht}} = 4.987$, $n_{\text{Einkommen}} = 4.811$, $n_{\text{Bildung}} = 4.984$, $n_{\text{Ost/West}} = 4.987$), gewichtet, gerundete Angaben.

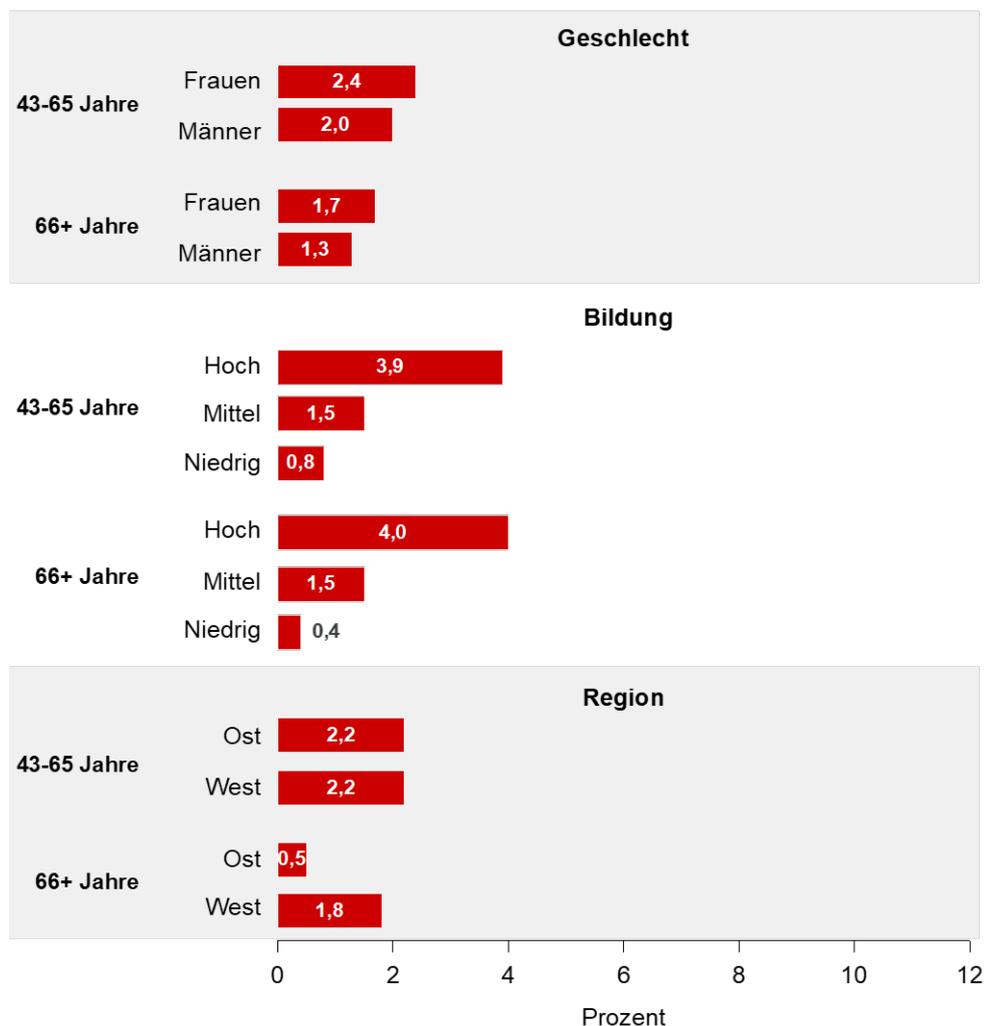
Statistisch signifikant ($p < 0,05$): Unterschiede zwischen 56- bis 65-Jährigen und 66- bis 75-Jährigen; zwischen armutsgefährdeten Personen und Personen mit mittleren wie auch hohen Einkommen; zwischen Personen mit hoher Bildung und Personen mit niedriger sowie mittlerer Bildung.

Altersspezifische Unterschiede bei der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen

Abbildung 4 stellt die Gruppenunterschiede nach Geschlecht, Bildung und Wohnregion (Ost/West) noch einmal getrennt nach den beiden Altersgruppen der 43- bis 65-Jährigen und der Personen ab 66 Jahren dar. Hier zeigt sich, dass es keine statistisch signifikanten Geschlechterunterschiede zwischen den beiden Altersgruppen bei der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative gibt; bei allen vier Gruppen lag der Anteil derjenigen, die einer Bürgerinitiative angehören, auf einem vergleichbaren Niveau. Frauen und Männer waren also unabhängig vom Alter in ähnlichem Ausmaß in Bürgerinitiativen engagiert. Betrachtet man Bildungsunterschiede getrennt nach Altersgruppen, so zeigt sich in beiden Gruppen: Personen mit hoher formaler Bildung waren am häufigsten Mitglied in einer Bürgerinitiative. Bei den 43- bis 65-Jährigen lag der Anteil bei 3,9 Prozent, bei den Befragten ab 66 Jahren bei 4,0 Prozent. Damit waren Hochgebildete beider Altersgruppen signifikant häufiger Mitglieder in Bürgerinitiativen als Personen in der gleichen Altersgruppe mit niedriger Bildung (0,8 Prozent bzw. 0,4 Prozent) und als Personen von 43–65 Jahren mit mittlerer Bildung (1,5 Prozent).

Außerdem lag der Anteil an Mitgliedern in Bürgerinitiativen bei Personen zwischen 43 und 65 Jahren mit mittlerer Bildung (1,5 Prozent) signifikant über dem Anteil an Mitgliedern in Bürgerinitiativen bei Personen ab 66 Jahren mit niedriger Bildung (0,4 Prozent). Interessant ist hier, dass – wie in Bezug auf das Geschlecht – auch in Bezug auf den Bildungsstand das Alter keinen wesentlichen Unterschied ausmacht: Die Differenz zwischen Menschen mit hohem und Menschen mit niedrigerem formalem Bildungsstand ist in den beiden untersuchten Altersgruppen etwa gleich. Der große Unterschied, den Bildung für die Mitwirkung in einer Bürgerinitiative macht, ist damit in beiden Altersgruppen annähernd gleich. Schließlich gibt es einen statistisch signifikanten Ost/West-Unterschied: Ältere Personen ab 66 Jahren in Ostdeutschland waren am seltensten Mitglied in Bürgerinitiativen. Ihr Anteil lag mit 0,5 Prozent signifikant unter dem Anteil Gleichaltriger in Westdeutschland (1,8 Prozent), sowie unter dem Anteil jüngerer Personen zwischen 43 und 65 Jahren in West- sowie in Ostdeutschland (jeweils 2,2 Prozent).

Abbildung 4: Altersspezifische Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative nach Geschlecht, Bildungsniveau und Wohnregion (Ost/West) (Anteile in Prozent)



Quelle: DEAS 2023, Version 1.0 ($n_{\text{Geschlecht}} = 4.987$, $n_{\text{Bildung}} = 4.984$, $n_{\text{Ost/West}} = 4.987$), gewichtet, gerundete Angaben. Statistisch signifikant ($p < 0,05$): **Bildung:** Unterschiede zwischen Personen von 43–65 Jahren mit niedriger Bildung und Personen von 43–65 Jahren mit hoher Bildung sowie Personen ab 66 Jahren mit hoher Bildung; Unterschiede zwischen Personen von 43–65 Jahren mit mittlerer Bildung und Personen von 43–65 Jahren mit hoher Bildung sowie Personen ab 66 Jahren mit niedriger oder hoher Bildung; Unterschiede zwischen Personen von 43–65 Jahren mit hoher Bildung und Personen ab 66 Jahren mit niedriger Bildung; Unterschiede zwischen Personen ab 66 Jahren mit niedriger Bildung und Personen ab 66 Jahren mit hoher Bildung; **Ost-West:** Unterschiede zwischen Personen von 43–65 Jahren aus Westdeutschland und Personen ab 66 Jahren aus Ostdeutschland; zwischen Personen von 43–65 Jahren aus Ostdeutschland und Personen ab 66 Jahren aus Ostdeutschland.

Diskussion und Fazit

Im vorliegenden Beitrag haben wir untersucht, welcher Anteil der Menschen ab 43 Jahren 2023 Mitglied in einer Partei oder Bürgerinitiative war und inwieweit sich diese Anteile nach soziodemografischen Merkmalen unterschieden. Dabei sind wir auf Unterschiede nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Wohnregion (Ost/West) eingegangen. Zusätzlich haben

wir untersucht, ob sich die Zusammenhänge zwischen den beiden betrachteten Dimensionen politischer Partizipation und den soziodemografischen Merkmalen Geschlecht, Bildung und Region nach Altersgruppen unterscheiden. Insgesamt zeigt sich, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Mitglied in einer Partei oder Bürgerinitiative war. Für Parteien ist dies aus

veröffentlichten Statistiken bereits bekannt (vgl. Niedermayer 2024), über Bürgerinitiativen lagen hierzu bisher allerdings kaum Befunde vor. Dabei hat sich ebenfalls gezeigt, dass politische Partizipation in Form einer Parteimitgliedschaft in der zweiten Lebenshälfte gängiger ist als die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative: Der Anteil an Personen in der zweiten Lebenshälfte, die 2023 Mitglied einer politischen Partei waren, liegt mit 3,7 Prozent fast doppelt so hoch wie der Anteil an Personen, die Mitglied in Bürgerinitiativen waren (1,9 Prozent).

Unsere Analysen zeigen, dass sich die Mitgliedschaft in einer Partei wie auch das Mitwirken in einer Bürgerinitiative deutlich unterscheidet, je nachdem, welche *Altersgruppe* betrachtet wird. Die Mitgliedschaft in einer Partei war in den von uns untersuchten älteren Altersgruppen (66–75 Jahre und ab 76 Jahren) wesentlich höher ausgeprägt als in den von uns untersuchten jüngeren Altersgruppen (43–55 Jahre und 56–65 Jahre). Dies bestätigt den aus der Literatur bekannten Befund, dass Parteimitgliedschaften insbesondere bei Älteren verbreitet sind (vgl. Niedermayer 2024). Vermutlich handelt es sich hierbei um einen Generationen- bzw. Geburtskohorteneffekt: In früheren Jahrzehnten besaßen Parteien eine größere Bindungswirkung und es war generell üblicher, Mitglied in einer Partei zu sein. In den letzten dreißig Jahren ist die Bindungskraft der Parteien und damit auch deren Mitgliederzahl jedoch stark zurück gegangen. Vor allem die – vormals großen – Parteien SPD und CDU haben mit Mitgliederschwund und fehlendem Parteienachwuchs zu kämpfen. Im Jahr 2022 war über die Hälfte der Parteimitglieder von SPD und CDU über 60 Jahre alt. Dreißig Jahre zuvor lag der Anteil an Parteimitgliedern ab 60 Jahren in beiden

Parteien bei unter 30 Prozent (Niedermayer 2024). Dadurch ergibt sich heute eine Überrepräsentation älterer Mitglieder in diesen Parteien (Niedermayer 2024) – und andersherum ist in älteren Altersgruppen ein größerer Anteil Mitglied in einer Partei als in jüngeren Altersgruppen.³

Für die Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen ist das Alter ebenfalls relevant, es ergibt sich allerdings ein anderes Muster als bei der Parteimitgliedschaft: die höchste Mitgliedschaftsquote zeigt sich mit 3,0 Prozent bei den 55- bis 64-Jährigen. Diese Altersgruppe sticht hierbei im Vergleich zu anderen Altersgruppen heraus. Hier könnte es sich ebenfalls um einen Generationeneffekt handeln: Die Kohorten der heute 55- bis 64-Jährigen wurden in den 1970er und 1980er Jahren politisch sozialisiert, als viele Bürgerinitiativen entstanden sind und generell unkonventionelle Formen der politischen Partizipation populär wurden. Bürgerinitiativen traten besonders seit den 1970er Jahren verstärkt in Erscheinung und richten sich oft gezielt gegen die etablierte Parteienpolitik. Kohorten, die in diesen Jahren politisch sozialisiert wurden, nutzen diese Form der politischen Partizipation bis heute vielleicht häufiger als ältere oder jüngere Kohorten. Es ist aber auch möglich, dass sich dieses Lebensjahrzehnt gut eignet, weil bspw. weniger Zeit in Kinderbetreuung aufgewendet werden muss und freiwerdende zeitliche Ressourcen unter anderem in politisches Engagement fließen können (Melo & Stockemer 2014).

Auch das *Geschlecht* macht für die Mitgliedschaft in Parteien einen deutlichen Unterschied. So ist bei den Männern der Anteil der Parteimitglieder fast doppelt so groß wie bei den Frauen. Dies bestätigt frühere Forschung, wonach Männer in konventionellen und formalisierten Formen der politischen Beteiligung stärker vertreten

³ Gleichwohl kann es auch dazu kommen, dass sich Personen nach dem Übergang in den Ruhestand nach neuen Betätigungsfeldern umschaun und parteipolitisch aktiv werden – somit würde es sich um einen Alterseffekt handeln. Ob dies eine

plausible Erklärung für die größeren Anteile an Parteimitgliedern in älteren Altersgruppen ist, muss in zukünftigen Analysen durch Betrachtungen über die Zeit hinweg beantwortet werden.

sind (vgl. Pflanzelt & Spies 2019; Niedermayer 2022; Simonson & Vogel 2017). Dies kann damit zusammenhängen, dass Parteien traditionell hierarchisch organisiert sind und es, um in Parteien Erfolg zu haben, auf gute Verbindungen und starke Netzwerke ankommt – Strukturen, von denen Männer typischerweise stärker profitieren als Frauen (Schwarz 2019; Acker 1990). In den meisten Parteien sind Entscheidungspositionen auch deshalb mehrheitlich von Männern besetzt (BMFSFJ 2020). Der Unterschied zwischen Frauen und Männern fällt in der älteren Altersgruppe größer aus als in der jüngeren Altersgruppe; insbesondere unter älteren Männern ist ein deutlich größerer Anteil Parteimitglied als bei allen anderen Gruppen. Hier zeigt sich vermutlich die Auswirkung eines Zusammentreffens von Kohorteneffekt (Parteimitgliedschaft war früher generell üblicher) und männlichkeitsaffinen Parteistrukturen: Die Älteren wurden in einer Zeit sozialisiert, in der Männer eher im öffentlichen und politischen Raum aktiv waren als Frauen. Dennoch waren 2023 auch ältere Frauen signifikant häufiger Parteimitglieder als jüngere Frauen – der generationsspezifische Sozialisierungseffekt zeigt sich also auch bei Frauen. Der Befund, dass der Geschlechterunterschied bei den Jüngeren kleiner ausfällt, geht vermutlich damit einher, dass die Geschlechterungleichheit in der Parteimitgliedschaft mit der Zeit abnimmt: so hat sich z. B. der Frauenanteil in SPD und CDU in der Zeit zwischen 1965 und 2020 jeweils fast verdoppelt (Niedermayer 2022). Bei der Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen finden sich dagegen keine signifikanten Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Dies bestätigt den Befund von Simonson und Vogel (2017), die für die Beteiligung in Bürgerinitiativen ebenfalls keinen Geschlechterunterschied finden. Das Ergebnis könnte damit zu erklären sein, dass Bürgerinitiativen stark anlass- und betroffenheitsbezogen entstehen, das Engagement damit weniger durch strukturelle Gegebenheiten beeinflusst wird und generell weniger hierarchisch und

männlichkeitsaffin organisiert ist (Gabriel 2022).

Beim *Einkommen* zeigt sich vor allem bei Bürgerinitiativen das erwartbare Muster, dass materiell besser gestellte Personen eher Mitglied sind; insbesondere armutsgefährdete Personen sind kaum in Bürgerinitiativen vertreten. Die materielle Ressourcenausstattung scheint also für die Wahrscheinlichkeit, sich in einer Bürgerinitiative einzubringen, durchaus eine Rolle zu spielen. Dies entspricht auch bisherigen Ergebnissen aus der Forschung (Gabriel 2022; Bödeker 2012; Hübler 2024). Für Parteimitgliedschaften zeigt sich tendenziell ebenfalls, dass armutsgefährdete Personen seltener vertreten sind; Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen sind hier jedoch nicht signifikant.

Interessanterweise zeigen sich bei der *Bildung* im Vergleich zum Einkommen mehr und stärkere Effekte. Es scheinen vor allem Hochgebildete zu sein, die Mitglieder in einer Partei oder einer Bürgerinitiative sind: Menschen mit einem hohen formalen Bildungsstand haben im Vergleich zu Menschen mit einem niedrigen formalen Bildungsstand eine doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, Mitglied in einer Partei zu sein und eine 6,5-fach höhere Wahrscheinlichkeit, in einer Bürgerinitiative aktiv zu sein. Im Kontext von Bürgerinitiativen spielt der Bildungsstand also eine noch größere Rolle als in der Parteilinie. Diese Ergebnisse reihen sich ein in die Befunde anderer Studien, die ebenfalls die bedeutende Rolle von Bildung für die politische Partizipation belegen: bei der Parteimitgliedschaft (Niedermayer 2022), der Mitarbeit in politischen Organisationen (Weßels 2024; Arriagada & Tesch-Römer 2022), dem Kontakt zu Politiker*innen (Arriagada & Tesch-Römer 2022) sowie der Teilnahme an Demonstrationen und Unterschriftenaktionen (Arriagada & Tesch-Römer 2022; Simonson & Vogel 2017). Im Hinblick auf die Mitgliedschaft in einer Partei ist außerdem interessant, dass die Gruppe mit dem niedrigsten formalen Bildungsstand

(3,1 Prozent) nicht die Gruppe mit der geringsten Wahrscheinlichkeit für eine Parteimitgliedschaft ist (von den Menschen mit einem mittleren formalen Bildungsstand sind 2,4 Prozent Mitglied in einer Partei) und deutlich höher liegt als bei Bürgerinitiativen. Offenbar sind zumindest manche Parteien auch für Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung so offen und attraktiv, dass sie Mitglied werden. Hier könnte auch eine Politisierung über Betriebsräte bzw. Gewerkschaften eine Rolle spielen. Interessant ist zudem, dass es für das Mitwirken in einer Bürgerinitiative zwar einen großen Unterschied macht, welches formale Bildungsniveau eine Person erreicht hat, dass sich diese großen Bildungsunterschiede jedoch kaum nach Altersgruppen unterscheiden: In der Gruppe der jüngeren Mitglieder in Bürgerinitiativen (43–65 Jahre) sind die Bildungsunterschiede annähernd genauso groß wie in der Gruppe der älteren Mitglieder in Bürgerinitiativen (ab 66 Jahren).

Vergleicht man Ost- und Westdeutschland miteinander, so zeigt sich für das Jahr 2023, dass Parteimitgliedschaften im *Westen* mehr als doppelt so häufig vorkamen wie im *Osten*, während sich die beiden Landesteile bezüglich der Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative nicht nennenswert unterscheiden. Dies entspricht auch früheren Befunden (vgl. Jaeck 2019). Wenn nach Alter unterschieden wird, war bei der Parteimitgliedschaft im Westen in beiden Altersgruppen weiterhin ein mehr als doppelt so großer Anteil Parteimitglied als im Osten. Bei den Bürgerinitiativen zeigt sich, dass bei der älteren Altersgruppe (ab 66 Jahren) in Westdeutschland ein mehr als doppelt so großer Anteil aktiv war als in Ostdeutschland. In diesen Befunden spiegelt sich die bekannte Tatsache, dass Parteien auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung im Osten weit weniger verankert sind als dies im Westen der Fall ist (Jaeck 2019). Dies bedeutet jedoch keineswegs generell eine niedrigere politische Partizipation im Osten: Zumindest bei der jüngeren Altersgruppe unterscheiden sich die Anteile

der in Bürgerinitiativen engagierten Menschen zwischen Ost und West nicht und bestätigen zumindest für diese Altersgruppe den Befund von Jaeck (2019), der für Bürgerinitiativen keinen systematischen Ost/West-Unterschied findet. Für die ältere Altersgruppe (66+) finden wir hier allerdings sehr wohl einen Unterschied, was dennoch für gewisse Unterschiede der politischen Kultur zwischen Ost und West spricht. Sowohl die Forschung als auch praktische Projekte zur Beteiligungsförderung sollten also immer mitbedenken, welche Partizipationsform für welche Altersgruppe in Ost- oder Westdeutschland in den Blick genommen wird (siehe dazu auch die Empfehlung des neunten Altersberichtes der Bundesregierung, BMFSFJ 2025).

Was die politische Partizipation in der „konventionellen“ Form der Parteimitgliedschaft und in der „unkonventionellen“ Form der Mitwirkung in Bürgerinitiativen angeht, so sind vor allem vier Befunde markant: (1) Es engagieren sich deutlich weniger Menschen im Rahmen einer Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen als in Parteien. Vor allem ältere Menschen sind Mitglieder in Parteien, was wahrscheinlich daran liegt, dass früher geborene Generationen zu größeren Teilen Mitglied in einer Partei waren und dieser auch im Alter als Mitglieder treu geblieben sind; (2) Die Mitgliedschaft sowohl in Parteien wie auch in Bürgerinitiativen werden vor allem von Menschen mit einem hohen formalen Bildungsstand und mit einem hohen Einkommen getragen – wobei insbesondere Bildungsunterschiede einen sehr starken Effekt zeigen. Politische Partizipation in den beiden hier untersuchten Formen ist eindeutig vor allem ein Projekt von Hochgebildeten; (3) Mit Hinblick auf das Alter, das Geschlecht und die Region ist die Mitwirkung in Bürgerinitiativen egalitärer als Parteimitgliedschaften. Für die Wahrscheinlichkeit einer Parteimitgliedschaft zeigen sich bei diesen Merkmalen deutliche Unterschiede, die Wahrscheinlichkeit eines Engagements in Bürgerinitiativen beeinflussen sie hingegen nur unwesentlich;

(4) Es zeigt sich außerdem, dass die Stärke des Einflusses unterschiedlicher sozialstruktureller Merkmale erheblich vom Alter der Personen abhängt und sich die Einflüsse unterschiedlicher Merkmale teilweise auch überlappen und verstärken. Bei dieser Betrachtung zeigt sich bspw. auch: Der Prototyp des Parteimitglieds ist ein hochgebildeter, älterer Mann ab 66 Jahren.

Unsere Befunde bestätigen also bisherige Forschung, wonach politische Partizipation sozialstrukturell höchst ungleich verteilt ist. Vor allem bei den Parteimitgliedschaften gibt es bedeutsame Unterschiede nach Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Wohnregion.

Bürgerinitiativen sind demgegenüber insgesamt egalitärer, allerdings ist ein Mitwirken in einer Bürgerinitiative ebenfalls sehr stark vom Bildungsstand abhängig. Die große Bedeutung der Bildung für die politische Partizipation ist sozialpolitisch relevant: Wenn die politische Teilhabe allen Bürger*innen in einem demokratischen, politischen System auf gleiche Weise möglich sein soll, dann müssen einerseits Bildungsunterschiede verringert und andererseits die Strukturen und Prozesse der politischen Partizipation so gestaltet werden, dass auch Menschen mit einem niedrigen formalen Bildungsstand ohne Schwierigkeiten verstärkt daran teilnehmen können. Dies ist auch und gerade für die Stärkung der politischen Teilhabe im Alter angebracht, die auch im jüngsten Altersbericht der Bundesregierung angemahnt wurde (BMFSFJ 2025).

Literatur

- Acker, J. (1990). Hierarchies, jobs, bodies: a theory of gendered organizations. *Gender and Society*, 4(2), 139–158.
- Arriagada, C., & Tesch-Römer, C. (2022). Politische Partizipation. In: J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9_14.
- Bödeker, S. (2012). *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland*. Berlin: WZBrief Zivilengagement. Online: <https://hdl.handle.net/10419/60049>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2025). *Neunter Altersbericht. Alt werden in Deutschland, Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen*. Online: https://www.neunter-altersbericht.de/fileadmin/Redaktion/Bericht_Broschuere_Deckblaetter/neunter-altersbericht-bundestagsdrucksache_final.pdf.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). (2020). *4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland*. Online: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/160308/73cf50519fdd0b72be8bce59a041079b/4-atlas-zur-gleichstellung-von-frauen-und-maennern-in-deutschland-broschuere-data.pdf>.
- Deth, J. W. v. (2001). *Studying political participation: Towards a theory of everything*. Joint sessions of workshops of the European consortium for political research. Online: <https://ecpr.eu/Events/PaperDetails.aspx?PaperID=5266&EventID=45>.
- Erlinghagen, M., & Hank, K. (2019). Gesellschaftliche Teilhabe Älterer in der Nacherwerbsphase. In: K. Hank, F. Schulz-Nieswandt, M. Wagner & S. Zank (Hrsg.) *Alternforschung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 391–412). Baden-Baden: Nomos.
- Gabriel, O. (2022). *Politische Partizipation. Einführung in Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-34257-9>.
- Goerres, A. (2009). *The political participation of older people in Europe. The greying of our democracies*. New York, NY: Palgrave Macmillan.
- Holtmann, E. (2019). Politische Partizipation und Effekte des Lebensumfelds. In: E. Holtmann (Hrsg.) *Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland* (S. 57–108). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Hübler, O. (2024). Bürgerbeteiligung in Deutschland. Wer beteiligt sich wofür mit welchen Auswirkungen? *AStA Wirtschafts- und Sozialstaatliches Archiv*, 18, 99–116. <https://doi.org/10.1007/s11943-024-00336-2>.
- Jaeck, T. (2019). Die 'langen Wellen' im Entwicklungsverlauf von politischer Partizipation in Ostdeutschland von 1990 bis zur Gegenwart. In: E. Holtmann (Hrsg.) *Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland* (S. 35–56). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Klaus, D., Engstler, H., Mahne, K., Wolff, J. K., Simonson, J., Wurm, S., & Tesch-Römer, C. (2017). Cohort Profile: The German Ageing Survey (DEAS). *International Journal of Epidemiology*, 46(4), 1105–1105g. <https://doi.org/10.1093/ije/dyw326>.
- Melo, D. F., & Stockemer, D. (2014). Age and political participation in Germany, France and the UK: A comparative analysis. *Comparative european politics*, 12, 33–53.
- Niedermayer, O. (2024). *Parteimitgliedschaft in Deutschland. Version 2024*. Berlin: Freie-Universität Berlin. Online: <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshäfte/index.htm> (zuletzt abgerufen 17.09.2025).
- Niedermayer, O. (2022). Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften. Online: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/die-soziale-zusammensetzung-der-parteimitgliedschaften/> (zuletzt abgerufen 21.10.2022).
- Pflanzelt, H., & Spies, D. C. (2019). The gender gap in youth political participation. Evidence from Germany. *Political Research Quarterly*, 72(1). <https://doi.org/10.1177/1065912918775249>.
- Richter, E. (2018). Partizipation. In: R. Voigt (Hrsg.) *Handbuch Staat* (S. 531–539). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20744-1_48.
- Schnaudt, C., Weinhardt, M., & Liebig, S. (2017). Die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Weniger teilnahmslos und politikverdrossen als gedacht. *GWP-Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 66(2), 189–200.
- Schwarz, G. (2019). *Die 'Heilige Ordnung' der Männer. Hierarchie, Gruppendynamik und die neue Genderlogik*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10476-4>.

- Simonson, J., Wünsche, J., Bünning, M., Spuling, S., Weinhardt, M., Ehrlich, U., Huxhold, O., Kelle, N., Lozano, A., Stuth, S., & Tesch-Römer, C. (2025). *Deutscher Alterssurvey (DEAS): Instrumente der DEAS-Erhebung 2023*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. Online: https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/FDZ_DEAS-Doku/DEAS2023_Instrumentenband_DE.pdf.
- Simonson, J., & Vogel, C. (2017). Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter. In: J. Simonson, C. Vogel & C. Tesch-Römer (Hrsg.) *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014* (S. 199–216). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12644-5_1.
- Skarpelis, A. (2009). Alterung der Mitgliedschaft von Parteien und Gewerkschaften in Deutschland. In: J. Kocka, M. Kohli & W. Streeck (Hrsg.) *Altern: Familie, Zivilgesellschaft, Politik* (S. 323–336). Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- van Deth, J. W. (2014). A conceptual map of political participation. *Acta Politica*, 49, 349-367. <https://doi.org/10.1057/ap.2014.6>.
- Weßels, B. (2024). Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) & Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.) *Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Impressum

Weinhardt, M., Schmelzle, R., Platt, O., Berner, F. (2025). Wer gestaltet mit? Mitgliedschaft in Parteien und Bürgerinitiativen in der zweiten Lebenshälfte [DZA Aktuell 04/2025]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. <https://doi.org/10.60922/4j41-9e13>

Creative Commons CC-BY-Share Alike 4.0

Erschienen im Oktober 2025.

DZA Aktuell ist ein Produkt des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), Berlin. Das DZA wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

www.dza.de

